

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 65 (1986)
Heft: 10

Rubrik: Leserecho

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schaftsbewegung insgesamt: Es gilt, im Spannungsfeld des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit die Bedürfnisse und Forderungen der abhängig Beschäftigten durchzusetzen, mit diesem Ziel einen Beitrag zur «Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft» (DGB-Grundsatzprogramm) zu leisten.

In diesem Sinne messen wir Kulturarbeit und Kunst durchaus auch an ihrer «Wirkung» – «Wirkung» heisst u.a.: Geschichtliche Erfahrungen bewusst machen, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen. Phantasie und Kreativität wecken und fördern, Mut vermitteln, zum Leben fähiger machen.

In diesem Sinne hat Kunst für uns ihren «Gebrauchswert», nehmen wir Künstler «in den Dienst». Das ist legitim, hat nichts mit «Missbrauch» bzw. damit zu tun, sich nur eine «neue kulturelle Zierleiste» zulegen zu wollen. Niemand ist je *verpflichtet*, mitzumachen und sich solchen Ansprüchen zu unterwerfen.

Attraktive Kulturprogramme ersetzen keine fortschrittliche Programmatik

Beide Seiten müssen wissen: «Zündende Ideen», eine fortschrittliche, mobilisierende Programmatik lassen sich durch ein noch so attraktives Kulturprogramm *nicht* ersetzen. Diese «Gedankenarbeit» müssen wir – Gewerkschafter und Sozialdemokraten – schon selber leisten. Dabei sind Aktive aus dem Bereich von Kultur und Kunst eingeladen, mit zu diskutieren. Es liegt auch nicht in unserem Interesse, sie nur auf eine «Umsetzungsfunktion» zu reduzieren. Ein gutes Beispiel für die «richtige Reihenfolge» war und ist der Kampf um die *Arbeitszeitverkürzung*. Die Propagierung der 35-Stunden-Woche als ein ge-

werkschaftliches Hauptziel hat zu einer lange nicht mehr bekannten Belebung unserer eigenen Kulturarbeit sowie zur Unterstützung durch «Aussenstehende» geführt. An der kulturellen Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung haben sich (lt. DGB-Nachrichtendienst vom 5.6.1984) bundesweit rund 400 professionelle und Laienkünstler beteiligt.

Dass damit beachtliche «Wirkung» erzielt wurde, bestätigten nicht zuletzt unsere *Interessengegner* in Politik und Medien. Sie diffamierten und denunzierten diese Kulturarbeit als «einseitig, ideologisch, unausgewogen, platte Agitation, Propaganda ohne künstlerischen Wert» u.ä. Und «natürlich» durfte auch der stets parate Vorwurf der «kommunistischen Unterwanderung» nicht fehlen. Nach meiner Meinung sollte auch und gerade für diesen Bereich unserer gewerkschaftlichen Arbeit die alte Erfahrung gelten: Aufgeregtheit und Diffamierungen der Interessengegner bestätigen eher, dass wir auf dem *richtigen Weg* sind.

VII. Erneuerungsprozess von unten fördern und unterstützen

Trotz allen nach wie vor bestehenden Defiziten in der kulturellen Praxis der Gewerkschaften hat in den letzten Jahren auf diesem Feld ein nicht zu unterschätzender *Erneuerungsprozess von unten* stattgefunden.

Nach einer jüngeren Bestandsaufnahme des DGB gibt es 295 gewerkschaftliche Kulturgruppen. Immer mehr Veranstaltungen zum 8. März, 1. Mai und 1. September sind ohne *eigenständiges* Kulturprogramm (also deutlich *mehr* als «kulturelle Zierleiste») kaum noch denkbar.

Der Erneuerungsprozess von unten sollte durch mehr praktische Unterstützung und Koordination «von oben» beantwor-

tet und gefördert werden. So ist z.B. nicht einzusehen, warum es beim DGB-Bundesvorstand, neben Ausschüssen für Personen- und Fachbereiche, nicht auch einen – kompetent besetzten – *Kulturausschuss* gibt: warum neben anderen entsprechenden Bundeskonferenzen nicht auch regelmässig eine *DGB-Kulturkonferenz* stattfindet, mit der wir unsere Positionen und Forderungen in die Öffentlichkeit tragen und zum Dialog einladen. Das wären wichtige Schritte auf dem Weg, unsere Kulturpolitik und Kulturarbeit zu einem genauso selbstverständlichen, gleichgewichtigen Teil unserer Aktivitäten zu machen wie z.B. Tarif-, Angestellten- und Bildungsarbeit.

Leserecho

Sprach- verwirrung

Liebe Genossin, nachdem ich alle Beiträge zum «Radwechsel» in Nr. 7/8 der «Roten Revue» gelesen habe – und Ruedi Strahms Buch natürlich auch –, möchte ich Ihnen gratulieren zu Ihrem Beitrag «Radwechsel: Erste Runde». Er ist von allen sechs Beiträgen meines Erachtens der einzige, der von jeder Genossin und jedem Genossen, auch ohne Mittelschul- oder Hochschulbildung, ganz verstanden werden kann. Wer versteht z.B. Sätze wie den folgenden (S.8): «Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft wird aus dieser Sicht eingeleitet durch die Innovation und Diffusion der neuen Technologien; es ist dann nur noch eine Frage ideeller Sensibilität, diese Realtendenz programmatisch zu verdichten und sie zum Kristallisationspunkt einer neuen, mehrheitsfähigen parteipolitischen Identität zu machen?»

Sie haben seinerzeit in einem hysterischen Wutausbruch nach der Wahl von Otto Stich in den Bundesrat in der «Roten Revue» geschrieben, Otto Stich habe die Partei mit seiner Wahlannahme an den Abgrund gebracht. Sie haben wohl Ihre Meinung über BR Stich seither auch etwas geändert. Was für unsere Partei die grösste Gefahr darstellt, das sind nicht einzelne Exponenten, wie Strahm, Hubacher, Stich usw., sondern die wahrhaft babylonische Sprachverwirrung, die herrscht zwischen der intellektuellen Oberschicht und der sog. Basis. Dass ein Grossteil unserer Genossinnen und Genossen den «Blick» liest und nicht mehr die Arbeiterpresse – in unserer Sektion sind es weniger als die Hälfte, die den «Freien Aargauer» abonniert haben –, ist natürlich nicht in erster Linie den Redaktionen der Arbeiterpresse zuzuschreiben, sondern unsern Schulen. Ich sage dies als einer, der über 40 Jahre vor Schülern stand und versuchte, sie zum Lesen und zum Denken zu bringen. Aber auch die Schulen sind schlussendlich nicht die wirklich Schuldigen, sondern unsere ganze westliche Zivilisation, die uns die Konsumgesellschaft beschert hat. Diese babylonische Sprachverwirrung in unserer Partei könnten wir – wenn überhaupt – nur überwinden, wenn sich alle sog. Gebildeten die denkbar grösste Mühe gäben, einfach und verständlich für alle zu schreiben. Was nützen die geistreichen und oft auch geistreichelnden Formulierungen, wie sie früher mehr noch als heute bei Hubacher und einer Reihe seiner Nachahmerinnen und Nachahmer im Schwang waren? Was nützen die idiotisch-dummen Rechtsschreibetricks der «LeserInnen», «RätInnen» usw.? – Ich zweifle daran, dass sich die Arbeiterpresse in ihrer heutigen Form halten können und

glaube, dass wir nicht darum herum kommen, eine für alle Parteimitglieder obligatorische und im Parteibeitrag inbegriffene Monats- oder Wochenzeitung zu schaffen, die von allen, die noch lesen können, verstanden wird.

Ernst Strebel-Lanz, Mitglied der SP Oftringen

Gegen- darstellung

In der «Profil/Rote Revue» vom 7/8 1986 hat Toya Maissen unter dem Titel «Radwechsel: Erste Runde» folgende falsche Behauptung verbreitet:

«Zu diesem Zweck hat er (d.i. Ruedi Strahm), durchaus geübt in taktischen Manövern, seine Gedanken zuerst einmal der bürgerlichen Presse präsentiert (die Arbeiter- und Linkspresse war nicht geladen),...»

1. Das Pressegespräch wurde nicht von Ruedi Strahm, sondern vom Limmat Verlag vorbereitet und durchgeführt.

2. Für das Pressegespräch vom 6. Mai 1986, an dem der Verlag das Buch von Ruedi Strahm vorgestellt hat, waren von der Linkspresse die Redaktion Tagwacht, der SPS-Pressedienst und der SBG-Pressedienst eingeladen. Lokalblätter wurden nicht eingeladen, weil das Gespräch nur für die Bundeshauspresse organisiert war.

3. Die gesamte Arbeiter-, Gewerkschafts- und unabhängige Linkspresse erhielt bereits ein Vierteljahr vor Erscheinen des Buchs von Ruedi Strahm die Verlagsvorschau, in der das Buch ausführlich vorgestellt wurde. Mit diesem Versand erhielten alle angeschriebenen Zeitungen die Möglichkeit, ein

Rezensionsexemplar anzufordern. Eine Woche vor dem Pressegespräch hatten alle interessierten Zeitungen bereits ein Besprechungsexemplar erhalten.

4. Der Arbeiterpresse wurde bereits im April 1986 vor Erscheinen des Buches ein Exklusiv-Vorabdruck angeboten. Volksrecht, Freier Aargauer, Berner Tagwacht und Solothurner AZ hatten davon Gebrauch gemacht und publizierten vor dem Pressegespräch eine ganze Seite aus dem Buch.

Limmat Verlag Genossenschaft/
Heiner Spiess

Anmerkung der Redaktion

Zu Punkt 2: Die Arbeiterpresse besteht nicht allein aus der «Tagwacht» und der ihr angeschlossenen Zeitungen in Zürich, Aarau und Olten. Die «Basler AZ» ist eine selbständige Tageszeitung, und der Ostring («Schaffhauser AZ», «Winterthurer AZ», «Ostschweizer AZ») ist nicht der «TW» angeschlossen. Rudolf Strahm sollte als ehemaliger Zentralsekretär die Strukturen der von ihm weder besonders geliebten noch jemals irgendwie geförderten sozialdemokratischen Tageszeitungen besser kennen. Vom Limmat Verlag darf dies allerdings nicht erwartet werden.

Zu Punkt 3: Die Rezensionsexemplare trafen wenigstens bei einigen Redaktionen in der Woche der Pressekonferenz ein.

Zu Punkt 4: Richtig ist, dass einer einzelnen Redaktion ein fertiger Text zur Verfügung gestellt wurde, die ihn dann an die anderen weitervertreiben sollte. Eine Möglichkeit der Textauswahl gabe es offenbar nicht, das nahmen Verlag und Autor für sich in Anspruch. Verständlicherweise, dass man mit Blick auf die Verkaufsziffer das Kapitel mit der intensivsten Genossenbeschimpfung anbot.